

ren. Im Einzelnen standen bislang offensichtlich nicht hinreichend geklärte Fragen wie die Finanzierung des geplanten ständigen Sekretariats der Shanghai Cooperation Organisation in Beijing sowie des Regionalen Anti-Terror-Zentrums in der kirgisischen Hauptstadt Bishkek auf der Tagesordnung.

Sowohl über einen Arbeitsplan für die Einrichtung der administrativen Strukturen in Beijing und Bishkek als auch über die Finanzierung des laufenden Betriebs konnte Einigkeit erzielt werden. Das Modell sieht eine Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel auf der Basis eines Länderschlüssels vor, um nicht von freiwilligen Zahlungen der Teilnehmerländer abhängig zu sein. Problematischer gestaltete sich da offensichtlich die Suche nach einem geeigneten Standort für das Hauptquartier des Anti-Terror-Sekretariats in Bishkek. Das Vorbereitungstreffen auf Arbeitsebene Ende März endete ohne Entscheidung, und auch von dem Treffen der Außenminister der SCO, das Ende April in Alma Ata stattfand, ist nicht bekannt, ob nun ein geeigneter Standort gefunden werden konnte, der alle Anforderungen erfüllt.

Dennoch geht es mit der Schaffung formaler Strukturen offensichtlich voran. So verabschiedeten die Außenminister ein Dokument, das die Aktivitäten der Regionalorganisation regelt, und bestimmten Zhang Deguang (chinesischer Botschafter in Russland) zum Sekretär der SCO mit Sitz in Beijing. Die Entscheidungen sollen von den Regierungschefs der Mitgliedsstaaten im Mai in Moskau endgültig besiegelt werden, damit die Organisation ihre reguläre Arbeit aufnehmen kann. (Channel One TV, Moskau, 29.4.03, nach BBC PF, 30.4.03; ITAR-TASS, 26.4.03, nach BBC PF, 27.4.03; XNA, 3.4.03; Kyrgyz-Press International News Agency, 1.4.03, nach BBC PF, 3.4.03; AKIpress news agency, Bishkek, 1.4.03, nach BBC PF, 2.4.03) -kg-

9 Alle Jahre wieder – Menschenrechtsberichte der USA und Chinas

Wie jedes Frühjahr stellte auch dieses Jahr das amerikanische Außenministerium wieder seinen jährlichen

Bericht zur Lage der Menschenrechte der Öffentlichkeit vor. Wie in jedem Jahr werden dort Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China kritisiert, und wie in jedem Jahr reagierte die chinesische Regierung mit Empörung und Zurückweisung sowie – seit einigen Jahren – mit einem eigenen Bericht zur Lage der Menschenrechte in den USA. Es handelt sich also bereits um ein eingespieltes politisches Ritual.

Allein in diesem Jahr fiel der Bericht der USA über China nicht vollständig negativ aus. Zwar wurden wiederum diverse Menschenrechtsverletzungen im Hinblick auf politische Gefangene, Folter, willkürliche Verhaftungen, erzwungene Geständnisse und grundlegende Mängel des Rechtssystems angeprangert. Auch die Befürchtung wurde geäußert, die chinesische Regierung könne sich die internationale Anti-Terror-Kampagne zunutze machen, um die politische uighurische Opposition in Xinjiang als Terroristen zu verfolgen. Doch wurde durchaus positiv vermerkt, dass einige Dissidenten freigelassen und erstmals hochrangige Gesandte des Dalai Lama nach China eingelassen wurden.

Dennoch sah der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Liu Jianchao die Anstrengungen Chinas im Hinblick auf die Verwirklichung der – zweifellos anders definierten – Menschenrechte seitens der USA nicht hinreichend gewürdigt. Man appelliere erneut an die Vereinigten Staaten von Amerika, so Liu weiter auf einer Pressekonzferenz, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen und Menschenrechte mit unterschiedlichen Standards zu messen. Schließlich sehe die Menschenrechtslage in den USA keinesfalls rosig aus, was ein Bericht der chinesischen Regierung belege.

In diesem Bericht wird den USA im Gegenzug bescheinigt, die Lage der allgemeinen Menschenrechte habe sich seit dem terroristischen Anschlag vom 11.9.2001 dort deutlich verschlechtert. Es seien nun nicht mehr nur Frauen diskriminierung, die Hinrichtung minderjähriger und geistesgestörter Straftäter, exzessive gesellschaftliche Gewalt, die Ausbreitung von Armut und Obdachlosigkeit, die Demokratie der Reichen oder die mangelnde Re-

präsentation der Bevölkerungsmehrheit durch eine Regierung, die letztlich nur durch eine kleine Minderheit der US-Amerikaner gewählt wurde, zu kritisieren, sondern spezifische Menschenrechtsverletzungen im Zuge der Terrorismusbekämpfung. Dazu zählten die Rassendiskriminierung, die Araber und Muslime besonders treffe. Auch hätte die Zahl von Folterungen und erpresster Geständnisse nach der Verabschiedung der Anti-Terror-Gesetze stark zugenommen.

Insgesamt wurden beide Berichte jedoch eher unpolemisch vorgestellt. Auch war der US-Außenminister Powell danach befragt nicht bereit, eine definitive Aussage zu treffen, ob die USA einen Resolutionsentwurf gegen China in den Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen einbringen würden. Damit zu rechnen war jedoch eigentlich nicht, schließlich braucht man sich in China und in den USA gegenseitig. Nicht zuletzt ist man aufeinander in der Lösung der Nordkorea-Krise angewiesen, wie der Weg zu den ersten Gesprächen der Kontrahenten in Beijing Ende April zeigte. (ST, 2.4., 4.4.03; WSJ, 1.4.03; XNA, 3.4., 4.4.03) -kg-

Innenpolitik

10 Entlassung zweier hochrangiger Regierungsvertreter wegen SARS

Im Zusammenhang mit der Ausbreitung der Lungeninfektion SARS (Severe Acute Respiratory Syndrome) in China und insbesondere in Beijing sind am 20. April überraschend der Gesundheitsminister Zhang Wenkang und der Beijinger Bürgermeister Meng Xuenong ihrer Ämter enthoben worden. Als neue Gesundheitsministerin wurde die stellvertretende Ministerpräsidentin Wu Yi bestimmt, die aufgrund ihrer langjährigen Erfahrungen im Außenwirtschaftsbereich internationales Renommee besitzt und als intelligent, zielstrebig und durchsetzungsfähig gilt. Das Amt des Beijinger Bürgermeisters übernahm zunächst Wang Qishan, der erst im November 2002 zum Parteisekretär von

Hainan ernannt worden war (vgl. C.a., 2003/1, Ü 6).

Die offizielle Bekanntgabe der Entlassungen Zhang Wenkangs und Meng Xuenongs folgte unmittelbar nach einer internationalen Pressekonferenz, zu der zwei Tage zuvor – noch mit der Ankündigung der Anwesenheit von beiden – in- und ausländische Journalisten eingeladen worden waren. Dieser Umstand lässt darauf schließen, dass die Entscheidung der parteistaatlichen Führungsspitze für die Amtsenthebung der beiden hochrangigen Regierungsvertreter erst wenige Tage oder Stunden vor der für den 20. April anberaumten Pressekonferenz gefallen sein dürfte. Anstelle von Gesundheitsminister Zhang Wenkang übernahm sein Stellvertreter Gao Qiang die Leitung der Pressekonferenz. Darin gestand er ein, dass die bislang offiziell angegebenen Zahlen für die Ausbreitung von SARS das wahre Ausmaß stark unterschätzt hätten. Für Beijing müsse die Zahl der bestätigten SARS-Fälle von bis dahin drei Dutzend auf 339 korrigiert werden – eine beinahe zehnfache Steigerung. Auch für andere Städte und Provinzen wurden die Zahlen am selben Tag zum Teil stark nach oben korrigiert.

Die Diskrepanz erklärte Gao Qiang zum einen durch die Überforderung sowie die mangelnde Kommunikation und Koordination zwischen den zahlreichen, von verschiedenen Trägern betriebenen Krankenhäusern der Hauptstadt. Zum anderen räumte er Versäumnisse und Managementprobleme im Gesundheitsministerium selbst ein, die dazu geführt hätten, dass der hohe Ansteckungsgrad und die rasche Ausbreitung der Krankheit nicht frühzeitig erkannt, keine systematischen Statistiken erstellt und keine effektiven und landesweit koordinierten Maßnahmen zur Infektionsbekämpfung und -vorsorge formuliert worden seien. Auf Nachfrage erklärte er, dass ihm keine Hinweise auf absichtliche Vertuschungstaktiken einzelner Provinzen oder Behörden vorlägen.

Neben diesen indirekten Eingeständnissen von Fehlern der Gesundheitsbehörden durch Gao Qiang wurden von offizieller Seite keine weiteren Gründe für die Entlassungen der beiden hochrangigen Regierungsvertreter be-

nannt. In der internationalen Medienöffentlichkeit wurde der Schritt überwiegend als positives Signal für eine politische Kehrtwende der parteistaatlichen Führung im Umgang mit der Lungeninfektion gewertet, nachdem die chinesische Regierung sich in den Monaten und Wochen zuvor durch ihre informationspolitische Intransparenz, eine standhafte Verharmlosung des Problems und die Verweigerung effektiver Zusammenarbeit mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zunehmend in die Rolle eines internationalen Parias manövriert hatte (vgl. C.a., 2003/3, Ü 20, Ü 22 sowie die Übersicht oben in der Rubrik Außenpolitik in diesem Heft). Hintergrund für die anhaltende Intransparenz dürfte nicht zuletzt die Tagung des X. Nationalen Volkskongresses im März gewesen sein (vgl. C.a., 2003/3, S.313-325), ein politisches Großereignis, in dessen zeitlichem Umfeld der parteistaatliche Propagandaapparat gewöhnlich einen Bann über jegliche Krisen- und Katastrophenberichterstattung verhängt.

In der Tat verlief der Aufklärungsprozess nur sehr schleppend. So befasste sich der Staatsrat erst am 2. April erstmals eingehend mit dem Thema SARS; am selben Tag noch wurde den WHO-Experten die seit langem geforderte Begutachtung der Situation in der Provinz Guangdong, dem wahrscheinlichen Ursprungsort von SARS, gestattet und landesweit verbindliche Anweisungen an die Krankenhäuser zum Umgang mit der Krankheit gegeben. Dennoch fand noch keine grundlegende Revision der offiziellen Einschätzung des Problems statt. Stattdessen sprachen Gesundheitsminister Zhang Wenkang und andere Partei- und Regierungsvertreter weiter davon, dass die Krankheit „unter Kontrolle“ und die Gesundheit der Bevölkerung nicht gefährdet sei.

Während Generalsekretär Hu Jintao auf einer Inspektionsreise in die Provinz Guangdong noch am 14. April davon sprach, dass SARS dort „unter effektive Kontrolle“ gebracht worden sei, scheint sich in Beijing im Laufe der zweiten Aprilwoche nach und nach die Überzeugung eines verstärkten Handlungsbedarfs durchgesetzt zu haben. Ausschlaggebend hierfür könnte eine Enthüllung durch den pensionierten Militärarzt Jiang Yan-

yong gewesen sein, der in den ersten Apriltagen zunächst an die chinesische und dann auch an die internationale Öffentlichkeit getreten war. Seinen Aussagen zu Folge seien in Militärkrankenhäusern der Hauptstadt ein Vielfaches der Zahl von SARS-Fällen zu verzeichnen, die bislang offiziell angegeben worden waren. Während er Vertreter des Gesundheitsministeriums beschuldigte, die Zahlen bewusst zu beschönigen, verteidigten sich diese damit, dass sie keinen Einblick in die Situation der Militäreinrichtungen hätten, die unabhängig von den Weisungen der Regierung betrieben würden. Durch derartige Enthüllungen offenbar in wachsendem Maße alarmiert, gestand Ministerpräsident Wen Jiabao anlässlich einer Kabinettsitzung am 13. April die schwierige Lage und die Gefahr einer Ausbreitung von SARS in weitere Landesteile ein und warnte Partei- und Regierungsvertreter landesweit unter Strafandrohung vor einer Vertuschung des wahren Ausmaßes der Krankheit. Diese Botschaft wurde auf einer Sitzung des Ständigen Ausschusses des Politbüros wiederholt, deren Hauptthema die Erhöhung der Transparenz bezüglich der Ausbreitung der Lungeninfektion war. Alle zuständigen Partei- und Regierungsorgane auf regionaler und lokaler Ebene wurden eindringlich aufgefordert, wahrheitsgemäß, vollständig und zügig über die Lage in ihren Verwaltungsbezirken zu berichten.

Die Enthebung Zhang Wenkangs und Meng Xuenongs von ihren Ämtern wenige Tage später kann damit durchaus in einer Linie mit den Bemühungen der parteistaatlichen Führungsspitze um die Einforderung politischer Verantwortlichkeit von individuellen Regierungsvertretern verstanden werden. Für lokale Partei- und Regierungsfunktionäre dürfte die Signalwirkung umso stärker sein, als in der Vergangenheit nur sehr selten zu diesem Mittel gegriffen worden war. Zuletzt war im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe des Jahres 1998 Niu Maosheng wegen Vernachlässigung seines Amtes als Minister für Wasserressourcen zur Rechenschaft gezogen worden (vgl. C.a., 1998/11, S.1259).

Diese Interpretation der Amtsenthebungen des Gesundheitsministers und des Beijinger Bürgermeisters als Ausdruck eines progressiven Kurses der

zentralen Führung in Richtung auf mehr Transparenz und politische Verantwortlichkeit wird allerdings um eine weniger rationale machtpolitische Deutungsvariante ergänzt. So werten einige Hongkonger Kommentatoren die Entlassungen Zhang Wenkangs und Meng Xuenongs als „Bauernopfer“ einer von höchster Stelle gebilligten Vertuschungsstrategie, die von der Führungsspitze zunächst zur Abwendung wirtschaftlicher Schäden durch SARS ergriffen worden war, dann aber angesichts des wachsenden internationalen Drucks auf China zunehmend unhaltbar geworden war. In seiner Funktion als Gesundheitsminister könne Zhang Wenkang eine absichtliche Beschönigung der Situation nur bedingt zur Last gelegt werden, nachdem bekannt sei, dass bereits in der Provinz Guangdong ebenso wie in Militärkreisen wichtige Informationen über die Ausbreitung der Krankheit verschleppt bzw. zurückgehalten worden waren. Dieser Umstand dürfte zumindest einzelnen Vertretern der Führungsspitze bekannt gewesen sein, sodass Grund zur Annahme besteht, Zhang Wenkang könnte von höchster Stelle Weisung erhalten haben, Informationen über das eigentliche Ausmaß von SARS ebenfalls zurückzuhalten.

Mehr noch scheint die Deutung eines „Bauernopfers“ auf den Fall des erst im Januar dieses Jahres zum Beijinger Bürgermeisters ernannten Meng Xuenongs zuzutreffen. Anders als Zhang Wenkang können ihm offenbar keine bewussten und expliziten Falschdarstellungen zum Vorwurf gemacht werden. Umso mehr drängt sich der Verdacht auf, dass machtpolitische Kalküle im Konflikt der beiden derzeit dominierenden Fraktionen um den alten und den neuen KPCh-Generalsekretär, Jiang Zemin und Hu Jintao, ausschlaggebend für Mengs Entlassung gewesen sein könnten. So wird gemutmaßt, dass die Entscheidung für eine Amtsenthebung Zhang Wenkangs, der als ehemaliger persönlicher Arzt Jiang Zemins auch als dessen enger politischer Vertrauter gilt, nur um den Preis eines kompensierenden Opfers auf der Gegenseite durchgesetzt werden konnte. Anstelle etwa des früheren und des neuen Parteisekretärs von Guangdong, Li Changchun und Zhang Dejiang, oder des Beijingers Parteisekretärs Liu Qi, denen eher ei-

ne direkte Schuld bei der Verschleppung von Informationen zugeschrieben werden könnte, die aber ebenfalls der Fraktion Jiang Zemins zugehörten, sei Meng Xuenong zur Rechenschaft gezogen worden, da dieser dem Lager um Hu Jintao zugeordnet würde (vgl. C.a., 2003/1, Ü 6). Insgesamt gehe die Fraktion um Jiang Zemin dennoch vorerst geschwächt aus diesem Konflikt hervor, da sowohl Wu Yi, die Nachfolgerin von Zhang Wenkang im Amt des Gesundheitsministers, als auch Wang Qishan, der neu eingesetzte Bürgermeister von Beijing, als Gefolgsleute des früheren Ministerpräsidenten Zhu Rongji gelten und damit die Position der neuen Führungsspitze um Hu Jintao und Wen Jiabao stärken dürften.

Sollte diese machtpolitische Deutung zutreffen, so würde dies nicht nur auf eine Spaltung der Führungsspitze hinweisen, die einer effektiven Bekämpfung von SARS auch in Zukunft im Wege stehen könnte. Es würde darüber hinaus auch implizieren, dass die jüngsten Bemühungen der parteistaatlichen Führung um Transparenz und Rechenschaftslegung vorrangig taktischer Natur sind und in erster Linie einer Vertuschung bisheriger Vertuschungstaktiken auf höchster Ebene dienen. Hoffnungen auf eine durchgreifende Kehrtwende in Richtung auf höhere Transparenz und verstärkte politische Verantwortlichkeit wären damit kaum zu begründen. Zweifel an dieser Art kann nur generell entgegeng gehalten werden, dass der starke Druck der WHO und anderer internationaler Akteure der chinesischen Führung die enormen außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Kosten der intransparenten Informationspolitik vor Augen geführt haben muss, die aus dem passiven Umgang mit SARS entstanden sind und sich noch weiter zu entwickeln drohen. Damit dürfte ein Lernprozess ausgelöst worden sein, der es allen Interessengruppen und politischen Fraktionen nahe legen müsste, gemeinsam möglichst effektive Mittel und Wege für eine zügige Bekämpfung der Krankheit zu finden.

Tatsächlich sprechen die seit dem 20. April ergriffenen, teilweise drakonischen Maßnahmen für eine effektive Bekämpfung von SARS. So wurden in den Folgetagen die einwöchige Arbeitspause um den 1. Mai, die

1999 zur Stimulierung des heimischen Konsums eingeführt worden war, abgesagt, um eine weitere Ausbreitung der Krankheit durch intensiven Reiseverkehr zu verhindern. Ferner wurden zahlreiche öffentliche und private Dienstleistungseinrichtungen und Vergnügungsstätten wie etwa öffentliche Bibliotheken, Theater, Kinos, Karaoke-Bars etc. geschlossen sowie nationale und internationale Großereignisse abgesagt. Zur Erarbeitung und Implementierung von landesweit einheitlichen Maßnahmen im Umgang mit der Lungeninfektion beschloss der Staatsrat ferner am 23. April die Einrichtung eines „Leitungsstabs für die Vorsorge und Bekämpfung von SARS“, zu deren Leiterin Wu Yi bestimmt wurde, deren Einfluss damit weiter steigt. Der Leitungsstab wurde umgehend aktiv, indem er Gelder von knapp drei Milliarden RMB Yuan für die Vorsorge und Bekämpfung von SARS in Aussicht stellte, darunter 900 Millionen RMB Yuan speziell für die zentral- und westchinesischen Provinzen, wo das Gesundheitssystem besonders rückständig ist.

In der Hauptstadt, die neben Guangdong am stärksten von SARS betroffen ist, wurde außerdem eine „Gemischte Arbeitsgruppe zur Vorsorge und Bekämpfung von SARS“ ins Leben gerufen, deren erklärtes Ziel es ist, über die bestehenden Grenzen zwischen den Weisungshierarchien von Partei, Regierung und Militär hinweg effektive Maßnahmen gegen die Krankheit zu ergreifen. Entsprechend wurden als Leiter der Arbeitsgruppe der Beijinger Parteisekretär Liu Qi und als dessen Stellvertreter der neue Beijinger Bürgermeister Wang Qishan, der stellvertretende Gesundheitsminister Wu Qingsheng und der Leiter der Logistikabteilung der Volksbefreiungsarmee Wang Qian benannt. Ende April legte die Arbeitsgruppe einen „Zehn-Punkte-Plan“ vor, der umfassende Präventionsmaßnahmen, eingehende Kontrollen und tägliche Meldepflichten neuer SARS-Fälle für alle Krankenhäuser, Gesundheitskontrollen im öffentlichen Verkehr, die Überwachung migrierender Arbeitskräfte, einen koordinierten Einsatz des vorhandenen medizinischen Personals sowie die finanzielle Unterstützung des Krankenhauspersonals vorsieht.

Ebenfalls Ende April wurden 1.200 Elitfachkräfte des medizinischen Personals der Volksbefreiungsarmee zum Dienst in einem neu errichteten Spezialkrankenhaus im Beijinger Vorort Xiaotangshan abgeordnet, in dem ab Anfang Mai 1.000 Betten für SARS-Patienten zur Verfügung stehen sollen. Einige Kommentatoren sehen in diesem Schritt ein positives Zeichen dafür, dass auch Jiang Zemin, der als Leiter der Zentralen Militärkommission diese Abordnung genehmigen musste, inzwischen auf den Kurs der neuen Führungsspitze unter Hu Jintao und Wen Jiabao eingeschwenkt ist, um eine weitere Isolierung zu vermeiden.

Ungeachtet verschiedener machtpolitischer Erwägungen dürfte der faktische Erfolg der verschiedenen nach dem 20. April ergriffenen Maßnahmen davon abhängen, in welchem Umfang sich die Lungenkrankheit SARS bereits außerhalb der Metropolen ausgebreitet hat. Kann man annehmen, dass in Guangdong, Beijing und anderen Großstädten des Landes grundsätzlich die technischen und administrativen Voraussetzungen bestehen könnten, um die Infektion einzudämmen, so erscheint eine Ausbreitung in den weiten ländlichen Regionen Chinas, wo das Gesundheitssystem zum Teil seit langen Jahren vernachlässigt worden ist, kaum kontrollierbar (vgl. den ausführlichen Beitrag von Ole Döring im hinteren Teil dieses Heftes). (XNA, 21., 23., 27., 29.4.03; Xinhua, 6., 10., 11., 14., 20., 21., 22., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 30.4.03, nach BBC PF, 8., 13., 15., 22., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30.4., 2.5.03; SCMP, 23., 29.4., 2.5.03; WSJ, 15., 20., 21., 22., 25., 26.4.03; IHT, 15., 18., 25.4.03; FT, 20.4., 2.5.03; *Washington Post*, 27.4., 1.5.03; ST, 21., 22., 26., 27., 29.4.03; FAZ, 30.4.03; CNN.com, 13.5.03; Willy Lam, „SARS Crisis: Beijing's Leadership Slowly Responds“, in: *China Brief*, vol. 3, issue 8, 22.4.03) -hol-

11 SARS – „Chinas Tschernobyl“?

Verfolgt man die internationale Debatte über die SARS-Krise und ihre möglichen Folgen für das politische System der VR China, so fällt der häufige Vergleich mit den Folgen des Reaktorunglücks von Tschernobyl

von 1986 für den Zusammenbruch des kommunistischen Regimes der Sowjetunion auf. Nach der Auffassung von Historikern war die anfängliche Geheimhaltung der sowjetischen Behörden über das Ausmaß der nuklearen Verstrahlung und die völlige Missachtung der Gesundheit der Bevölkerung ein zentraler Faktor für den Kollaps des Regimes wenige Jahre später. Die Entscheidung des damaligen Generalsekretärs der KPdSU, Michail Gorbatschow, für eine Politik der Transparenz („Glasnost“) als Mittel zur Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit und Legitimität kommunistischer Herrschaft, habe dabei den Zerfall der autoritären Strukturen nur beschleunigt und damit letztendlich zum Zusammenbruch des politischen Systems beigetragen.

Verschiedene Kommentatoren sagen dem politischen System der VR China angesichts der SARS-Krise eine ähnliche Zukunft voraus. In der Tat drängen sich auf den ersten Blick mehrere Parallelen mit den Folgen des Reaktorunglücks von Tschernobyl auf. So hat die rasche Verbreitung der Lungenkrankheit SARS in China die negativen Folgen autoritärer Informationskontrolle, die fatale Eigendynamik sektoraler und regionaler Eigeninteressen sowie die verbreitete Ineffizienz und Starrheit bürokratischer Strukturen aufgezeigt. Auch lässt sich beobachten, dass die Intransparenz – bzw. noch mehr die halbherzige Entscheidung zu mehr Transparenz – die Glaubwürdigkeit der parteistaatlichen Führung untergraben und teilweise panische Reaktionen in der Bevölkerung ausgelöst hat, wie Berichte aus verschiedenen Landesteilen über die Abschottung einzelner Kommunen durch Straßensperren, Panikkäufe oder Ausschreitungen gegen Quarantänestationen belegen. Die Gewährleistung wichtiger Grundlagen der politischen Legitimität der parteistaatlichen Führung, nämlich der Schutz der persönlichen Sicherheit und die stetige Hebung des allgemeinen Lebensstandards, scheinen durch SARS in Frage gestellt. Die Erosion parteistaatlicher Legitimität könnte umso schneller erfolgen, als die chinesische Führung anders als etwa im Fall der Tiananmen-Ereignisse des Jahres 1989 oder des 1999 entstandenen Falung-Konflikts schwerlich einen „Sün-

denbock“ für die Krise verantwortlich machen kann. Damit könnte die Lungeninfektion SARS die allgemeine These bestätigen, wonach autoritär geprägte politische Systeme dann besonders verwundbar sind, wenn sie – wie die Sowjetunion unter Gorbatschow – beginnen, sich von innen heraus zu reformieren.

Der Schlagkraft dieses Vergleichs zwischen der SARS-Krise und der Reaktor Katastrophe von Tschernobyl sind allerdings verschiedene Faktoren entgegenzuhalten. So sollte grundsätzlich veranschlagt werden, dass die parteistaatliche Führung der VR China durchaus ihre Lehren aus dem sowjetischen Beispiel gezogen und seit den frühen 1990er Jahren sehr viel daran gesetzt hat, die wahrgenommenen „Fehler“ Gorbatschows zu vermeiden.

Gegen eine Wiederholung des „Tschernobyl-Effekts“ dürfte außerdem die Tatsache sprechen, dass die VR China sich in einem deutlich fortgeschrittenen Stadium der wirtschaftlichen Globalisierung befindet als die Sowjetunion in den 1980er Jahren. Vor dem Hintergrund intensiver Verflechtungen im internationalen Verkehr von Personen, Gütern und Informationen treten durch die SARS-Krise die hohen Kosten einer restriktiven Informationspolitik und der damit einhergehenden Ineffizienz staatlicher Kontrolle umso deutlicher vor Augen. Entsprechend höher sollten damit aber auch die Anreize für einen Lernprozess sein, der die erkannten Defizite politischer Verantwortlichkeit und Transparenz positiv auffängt.

Diese Anreize weisen freilich nicht zwangsläufig in die Richtung liberaler politischer Reformen, der Einführung von Demokratie und einer freien Presse, sondern eher in Richtung auf eine Stärkung zentraler Kontrolle. So lässt sich alternativ argumentieren, wie dies andere Kommentatoren tun, dass die anfänglich schwache Position der seit dem vergangenen Herbst installierten staatlichen neuen Führungsspitze unter Hu Jintao und Wen Jiabao durch die Ausbreitung der Lungenkrankheit deutlich gestärkt worden ist. Grund ist die mit der SARS-Krise einhergehende allgemeine Wahrnehmung eines gesteigerten Bedarfs nach einem effektiven, einheitlich gelenkten bürokratischen Ap-

parat und verstärkter zentraler Kontrolle über regionale und lokale Egoisten. Gerade gegenüber den Lokalregierungen, die im Lauf der Reformperiode in wachsendem Maße protektionistische Eigeninteressen gepflegt haben, könnte die Durchsetzungsfähigkeit der zentralen Führung durch die Krise gestärkt worden sein. Konkretter Ausdruck hierfür wäre etwa eine striktere Ahndung mangelnder politischer Verantwortlichkeit durch Entlassungen und andere Disziplinarmaßnahmen, wie sie auf höchster Ebene durch die jüngste Amtsenthebung des Gesundheitsministers und des Beijinger Bürgermeisters vorexerziert wurde, auch auf lokaler Ebene (vgl. die vorangehende Übersicht). In dem Maße, wie es der zentralen Führung gelänge, Ineffizienzen im Kadernsystem abzubauen und den verbreiteten regionalen und lokalen Egoisten entgegenzuwirken, könnte ihre Legitimität in den Augen der Bevölkerung sogar steigen.

Ausschlaggebend für den Ausgang der Krise und ihrer Folgen für das politische System dürfte die Intensität und Dauer der Krise sein. Mittelfristig besteht die Möglichkeit, dass die Handlungsfähigkeit der parteistaatlichen Führung durch das verbreitete Krisenbewusstsein eher gestärkt denn geschwächt wird. Dies dürfte insbesondere dann gelten, wenn der internationale Druck auf China aufrechterhalten und zugleich kompetente Hilfe bei der Bekämpfung der Krankheit angeboten und von Seiten der chinesischen Führung auch angenommen wird. Sollte sich allerdings zeigen, dass die Infektion nicht mehr einzudämmen ist und die negativen Auswirkungen der Krankheit auf die Sicherheit der breiten Bevölkerung und die heimische Wirtschaft längerfristig anhalten werden, so könnten die Legitimationsgrundlagen des politischen Systems nachhaltig erodieren. (WSJ, 22., 25.4., 1., 2., 6.5.03; *Washington Post*, 27.4.03; FT, 7.5.03; *New York Times*, 13.5.03; Willy Lam, „SARS: Growing Impact on China's Leadership“, in: *China Brief*, vol. 3, issue 9; Neil Beck, „What does SARS Mean for China?“, in: *NBR Briefing*, no. 13, 9.5.03; Steve Xu, „China: Positive Changes in the Wake of SARS“, in: *DSG Asia*, 12.5.03) -hol-

12 Innerparteiliche Demokratie in Theorie und Praxis

Nachdem das Konzept „innerparteilicher Demokratie“ (*dangnei minzhu*) auf dem XVI. Parteitag der KPCh im November 2002 als wichtiges Element des Aufbaus einer „sozialistischen Demokratie“ offiziell propagiert worden ist (vgl. C.a., 2002/12, S.1402-1412), wurde es zuletzt von verschiedenen Medien aufgegriffen, die die Umsetzung dieses Konzepts in Theorie und Praxis beleuchten.

Ein ausführlicher theoretischer Artikel zum Thema erschien Anfang April im Parteiorgan *Qiushi* („Wahrheits-suche“). Innerparteiliche Demokratie wurde darin als die „Lebenslinie“ der KPCh bezeichnet, der eine „extrem hohe Bedeutung bei der Fortentwicklung des großen Projekts des Parteaufbaus und des Aufbaus einer Demokratie chinesischer Prägung“ zukomme. Wie in theoretischen Grundsatzabhandlungen üblich, handelte der Beitrag zunächst die Begriffsgeschichte in den Versionen von Karl Marx, Mao Zedong und Deng Xiaoping ab, um daraus die generelle Lehre zu ziehen: „Das politische Leben in der Partei ist immer dann normal und die Sache der Partei immer dann gut entwickelt, wenn die innerparteiliche Demokratie voll vorangetrieben und das Verhältnis zwischen Demokratie und Zentralismus korrekt behandelt wird. [...] Umgekehrt wird das politische Leben der Partei unweigerlich anomal werden, wird die Partei Fehler begehen und wird die Sache von Partei und Volk Schaden leiden, wenn die innerparteiliche Demokratie geschwächt oder gar zerstört wird.“ (*Qiushi*, 2003/7 (1.4.03), S.22-24)

Die eminente Bedeutung innerparteilicher Demokratie sei nun von Jiang Zemin erkannt und zu einer neuen Programmatik ausgearbeitet worden, die es erlaube, Enthusiasmus, Initiative und Kreativität der großen Mehrheit der Parteimitglieder zu mobilisieren und die Sache der KPCh damit weiterzuentwickeln. Dies wiederum sei die Gewähr für korrekte politische Entscheidungen und eine korrekte parteipolitische Führung. Entsprechend gehe es bei der auf dem XVI. Parteitag verkündeten Programmatik darum, die demokratischen Rechte der Parteimitglieder zu gewährleisten, das

System der Parteikongresse und der Parteikomitees zu verbessern und die Strukturen und Mechanismen der innerparteilichen Demokratie so zu vervollkommen, dass diese den politischen Willen von Parteimitgliedern und Parteiorganisationen umfassend reflektiere.

Wenig konkret wird dazu erläutert, dass der Schutz der demokratischen Rechte der Parteimitglieder das Recht auf Information über und Partizipation in Parteiangelegenheiten, das Recht der Abstimmung über Entscheidungen der Partei, das Recht, Vorschläge zur Parteiarbeit abzugeben, das Recht auf aktive und passive Wahl, auf Kritik und Verteidigung ihrer Vorschläge sowie das Recht auf Evaluierung, Überwachung von und Anklageerhebung gegen Parteikader beinhalte. Ebenso vage bleiben die Ausführungen zu den geplanten strukturellen Reformen. So heißt es etwa, dass die Beziehungen zwischen Parteikongressen, Plenarsitzungen und Ständigen Ausschüssen „geglättet“ werden sollten – eine ausdrucksweise, die auf bereits vor dem XVI. Parteitag formulierte Pläne zurückgehen dürfte, die Parteikongresse auf Provinz- und untergeordneten Ebenen aufzuwerten, indem diese häufiger einberufen und in ihren Kompetenzen im Verhältnis zu den Ständigen Ausschüssen der jeweiligen Ebene gestärkt werden. Die Parteitags-Abgeordneten sollten auch außerhalb der Parteitags-sitzungen eine stärkere Rolle in den parteipolitischen Entscheidungsprozessen spielen. Auch wird gefordert, ein „wissenschaftliches Führungssystem“ zu bilden, dessen Aufgaben und Rechte klar definiert sind, das sich mit allen relevanten Gruppen abstimme und effektive Sanktionen aufzuerlegen in der Lage sei. Schließlich solle das System demokratischer Empfehlungen und Kandidatenauswahl sowie das System innerparteilicher Wahlen verbessert werden. Für Führungspositionen sollten grundsätzlich öffentliche Stellenausschreibungen vorgenommen und ein offenes Auswahlverfahren unter Wettbewerbsbedingungen durchgeführt werden. Dazu solle das Kandidatennominierungsverfahren vervollkommnet, die Zahl der Kandidaten im Verhältnis der zu besetzenden Stellen erhöht und die Transparenz der

Wahlen verbessert werden. So vage diese Ausführungen sind, scheinen sie zumindest in der Theorie doch relativ unmissverständliche Vorstellungen einer breiteren Partizipation von Parteimitgliedern im Rahmen der Parteikongresse und einer verstärkten Einführung von Elementen demokratischer Konkurrenzahlen innerhalb der Parteigremien zu propagieren.

Wie weit die Praxis von diesem theoretischen Ideal gegenwärtig noch entfernt ist, zeigt ein Xinhua-Kommentar vom 10. April, der sich mit den jüngsten Wahlen auf einer Plenarsitzung des Parteikomitees der Provinz Guangdong kritisch auseinandersetzt. Hierbei ist zu wissen, dass die Provinz Guangdong im zeitlichen Umfeld des XVI. Parteitags der KPCh wiederholt als Vorbild für die Einführung demokratischer Abstimmungsverfahren innerhalb der dortigen Parteiorgane gegolten hatte (vgl. C.a., 2002/5, Ü 7). Wie der Xinhua-Kommentar nun mit einer gewissen ironischen Distanz aufzeigt, waren zur Wahl für insgesamt 58 Führungspositionen auf Präfektur- bzw. Abteilungsebene nur genau 58 Kandidaten angetreten, die folglich sämtlich in die zu besetzenden Ämter gewählt wurden – von einer Bewerberkonkurrenz konnte mithin nicht die Rede sein.

Überdies sei in der offiziellen Medienberichterstattung über die Wahlen nur lapidar berichtet worden, dass die Kandidaten sämtlich mit einer Mehrheit der Stimmen in ihre Ämter gewählt worden seien, eine Information, die impliziere, dass auch Enthaltungen und oder negative Stimmabgaben in den Wahlergebnissen enthalten waren – genau hierüber aber fehle jegliche Angabe. Der Kommentar beklagt diese Unterschlagung wichtiger Informationen über die Zahlen von Enthaltungen und negativen Voten, die er darauf zurückführt, dass die „Insider“ der Parteigremien kein Interesse an ihrer Bekanntgabe hätten. Hier handle es sich um eine Frage der persönlichen Gesichtswahrung, da Angaben über Enthaltungen und negative Stimmen der Öffentlichkeit erlauben würden, sich selbst eine Meinung über die im Wahlvorgang reflektierten Unterschiede in Reputation und Kompetenz der einzelnen Kandidaten zu bilden. Genau dies wäre aber Ziel und Zweck

von demokratischen Wahlen, die der Öffentlichkeit und den Bewerbern Gelegenheit geben sollten, aus negativen Wahlergebnissen zu lernen. Neinstimmen der Wähler sollten als ein wertvoller „Schatz“ und ein „heller Spiegel“ verstanden werden, der es erlaube, Schwächen und Fehler zu erkennen und diese zu überwinden. Nicht nur für den einzelnen Kandidaten sei dies von großer Bedeutung, sondern auch als Meilenstein für den Aufbau demokratischer Politik und einer „sozialistischen politischen Zivilisation“ (Xinhua, 10.4.03, nach BBC PF, 12.4.03).

Wie diese beiden Artikel aus ihren ganz unterschiedlichen Blickwinkeln aufzeigen, knüpfen sich an das Konzept der innerparteilichen Demokratie zumindest unter Teilen der politischen Eliten derzeit hohe Erwartungen, deren praktische Umsetzung allerdings als durchaus schwierig erscheint. Insbesondere erscheint es fraglich, inwieweit sich die autoritär ausgerichteten Institutionen des „demokratischen Zentralismus“ so umbilden lassen, dass sie tatsächlich eine breitere und effektivere Partizipation der Parteimitglieder in regionalen und zentralen Entscheidungsprozessen ermöglichen. Solange die autoritäre Position der Parteiführungsspitzen, wie sie sich in den Ständigen Ausschüssen der Parteikomitees auf nationaler und Provinzebene niederschlägt, unangetastet bleibt, droht das Konzept der „innerparteilichen Demokratie“ zu einer beliebig ausdeutbaren Worthülse zu verkommen. -hol-

13 Ideologische Erziehungsmaßnahmen für KPCh-Mitglieder intensiviert

Wie Anfang April aus einer Xinhua-Meldung hervorging, ist beim Zentralkomitee der KPCh eine neue Führungsgruppe zur ideologischen Erziehung von Parteimitgliedern ins Leben gerufen worden, als deren Leiter He Guoqiang bestimmt wurde. Der 1943 geborene He Guoqiang, seit 1999 Parteisekretär der regierungsunmittelbaren Stadt Chongqing, war auf dem XVI. Parteitag der KPCh im November 2002 zum Mitglied des Politbüros, zum Leiter der Organisationsabteilung des ZK und zum Mitglied des ZK-Sekretariats ernannt worden. Da-

mit vereint er mehrere wichtige Ämter an den organisatorischen und personellen Schaltstellen der Parteizentrale. He Guoqiang gilt als langjähriger Vertrauter und treuer Gefolgsmann des früheren Staats- und Parteichefs Jiang Zemin.

Die vollständige Bezeichnung der neuen Führungsgruppe als „ZK-Führungsgruppe für das Piloterziehungsprojekt zur Aufrechterhaltung des fortschrittlichen Charakters von Mitgliedern der KPCh“ lässt darauf schließen, dass die neue Parteiführung die Notwendigkeit sieht, der ideologischen Erziehung der Parteimitglieder einen stärkeren organisatorischen Rahmen zu verleihen, der offenbar in Gestalt eines Pilotprojektes nationalen Vorbildcharakter entfalten soll. So weit der Meldung zu entnehmen ist, sind mehrere Provinzen und regierungsunmittelbare Städte sowie verschiedene ZK-Abteilungen und Ministerien in dieses Pilotprojekt einbezogen worden. Um welche regionalen und administrativen Einheiten es sich dabei konkret handelt und auf welchen Zeitraum das Projekt angelegt ist, geht aus den verfügbaren Informationen leider nicht hervor. Abgesehen von der Propagierung der Doktrin der „Dreifachen Repräsentation“, mit der der scheidende Generalsekretär Jiang Zemin den Weg für die Aufnahme von Privatunternehmern und anderen neuen wirtschaftlichen Eliten in die KPCh geebnet hatte (vgl. dazu C.a., 2001/7, S.739-746; 2002/12, S.1402-1012), ist bislang auch nicht bekannt, welche Inhalte durch das Erziehungsprojekt vermittelt werden sollen.

Seit Anfang April sind die Mitglieder der KPCh auch Adressaten einer vom neuen KPCh-Generalsekretär Hu Jintao persönlich initiierten Erziehungskampagne. Diese steht unter dem Motto „Lernen von Zheng Peimin“ und scheint in ihrer inhaltlichen Ausrichtung gewisse Parallelen mit der seit 1963 gepflegten Kampagne unter dem Motto „Lernen von Lei Feng“ aufzuweisen, die erst im vergangenen Monat neu aufgelegt worden war (vgl. C.a., 2003/3, Ü 14). Zheng Peimin war 1943 in der Provinz Hebei geboren worden, hatte Physik studiert und war 1969 in die KPCh eingetreten. Nachdem er wie viele seiner Altersgenossen eine technokratische Karriere in verschie-

denen organisatorischen Bereichen der KPCh hinter sich gebracht hatte, war er vor seinem Tod zuletzt von 1995 bis 2001 stellvertretender Parteisekretär der Provinz Hunan. Hier hatte er sich offenbar insbesondere im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe des Jahres 1998 einen Ruf als engagierter Parteifunktionär und „Diener des Volkes“ erworben, der nun als Grundlage für die Idolisierung Zheng Peimins herangezogen wurde.

Wie den zahlreichen Medienberichten zum „Lernen von Zheng Peimin“ zu entnehmen ist, wird der exemplarische Charakter dieses Idols im selbstlosen Einsatz für die Bevölkerung gesehen. Wiederholt zitiert wird ein Tagebucheintrag Zheng Peimins: „Für immer ein Diener des Volkes bleiben!“ – eine Tugend, die zugleich die wichtigste Eigenschaft eines vorbildhaften Parteifunktionärs ausmacht. Damit schließt die Kampagne zugleich an zwei allgemeinere Doktrinen an: Zum einen soll durch das „Lernen von Zheng Peimin“ die Erziehung in der „Dreifachen Repräsentation“ vorangetrieben werden, zum anderen in der von Hu Jintao nach seinem Amtsantritt als Generalsekretär im November 2002 propagierten Doktrin des „Zweifachen Müssens“ („Wir müssen sicherstellen, dass die Kader fortgesetzt einen Arbeitsstil der Demut, Umsicht, frei von Arroganz und Unbesonnenheit, pflegen, und wir müssen sicherstellen, dass die Kader fortgesetzt einen Arbeitsstil harter Arbeit und harten Kampfes pflegen“), mit der Hu Jintao bei Mao Zedong Anleihen machte (vgl. C.a., 2002/12, Ü 10).

So wenig nachvollziehbar die konkreten Motivationen, Ziele und Inhalte dieser vielfältigen Anstrengungen zur Erziehung der KPCh-Mitglieder sind, zeigt sich daran doch, welche großen Energien auch unter der neuen staatlichen Führung durch parteiideologische Aktivitäten gebunden werden. Angesichts der jüngsten Häufung solcher Erziehungsmaßnahmen ist nicht auszuschließen, dass sie Träger einer machtpolitischen Auseinandersetzung zwischen verschiedenen politischen Gruppierungen sind. Eine mögliche Interpretation wäre, dass ein zentraler Konfliktpunkt in der Frage liegt, welchen Stellenwert die noch von Jiang Zemin formulierte und propagierte Doktrin der „Dreifachen Reprä-

sentation“ unter der politischen Führung seines Nachfolgers Hu Jintao einnehmen soll. Hu selbst scheint die „Dreifache Repräsentation“ nur relativ widerwillig in sein ideologisches Vokabular integriert zu haben und ihr die Doktrin des „Zweifachen Müssens“ entgegenzustellen, die inhaltlich stärker an den Interessen der breiten Bevölkerung als an denen der neuen wirtschaftlichen Eliten ausgerichtet ist. (Xinhua, 2., 3., 6., 7., 18.4.03, nach BBC PF, 5., 9., 12., 21.4.03) -hol-

14 Verwaltungsreform in Beijing

Seit 2002 hatte die südchinesische Küstenmetropole Shenzhen durch die Ankündigung einer durchgreifenden Verwaltungsreform, die öffentlichkeitswirksam als „politische Reform“ vermarktet worden war, von sich Reden gemacht (vgl. C.a., 2003/1, Ü 9). Wie nun Anfang April gemeldet wurde, sollen auch in Beijing, das als regierungsunmittelbare Stadt Provinzstatus hat, einschneidende Reformen im Verwaltungsapparat stattfinden. Wenn diese auch in der offiziellen Berichterstattung bei weitem nicht so prominent behandelt werden, scheinen sie doch einer ähnlichen Logik zu folgen wie die jüngsten Reformen in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen.

So weit den spärlichen Angaben zu entnehmen ist, soll der Ressortzuschnitt der Regierungs- und Verwaltungsbehörden der Stadt Beijing gemäß dreier Schlüsselfunktionen umstrukturiert werden, nämlich nach Kompetenzen der Politikformulierung, der Politikumsetzung und der Aufsicht. Auch der Verwaltungsreform in Shenzhen wurde eine solche Dreiteilung politischer Kompetenzen zugrunde gelegt, sodass die dortigen Experimente wohl als ein Vorbild für die jüngsten Reformmaßnahmen in Beijing gelten können.

In Beijing selbst sei im nordwestlichen Stadtteil Haidian, wo die Mehrzahl der Hightech-Firmen der Stadt sowie zahlreiche Forschungsstätten und Universitäten angesiedelt sind, bereits ein entsprechendes Pilotprojekt ange laufen. Details wurden hierzu bislang leider nicht bekannt.

Wie außerdem angekündigt wurde, plane die Beijinger Stadtregierung un-

ter anderem, bis Ende des laufenden Jahres 175 Kategorien von Verwaltungsgebühren für ausländische Unternehmen abzuschaffen und die Kosten für die kommerzielle Nutzung von Grund und Boden zu senken. Diese und andere Reformpläne dürften im größeren Kontext von Bemühungen zu deuten sein, der Hauptstadt des Landes in den Augen der internationalen Öffentlichkeit ein fortschrittlicheres Image zu verleihen. Besondere Herausforderungen in dieser Richtung sind im Zuge nicht nur des WTO-Beitritts der VR China im Dezember 2001, sondern auch der Vorbereitung auf die Austragung der Olympischen Spiele im Jahr 2008 entstanden. (*China Daily*, 10.11.04; XNA, 11.4.03) -hol-

15 Li Shenzhi achtzigjährig verstorben

Li Shenzhi, ein bekannter Intellektueller und Befürworter liberaler Demokratie, ist am 22. April im Alter von achtzig Jahren in einem Beijinger Krankenhaus an einer Lungenentzündung gestorben. Nachdem Li Shenzhi seit den 1940er Jahren ein aktives politisches Leben geführt und insbesondere die Beziehungen der Volksrepublik China zu den USA phasenweise entscheidend mitgestaltet hatte, war er in den vergangenen dreieinhalb Jahren wegen eines Zerwürfnisses mit Jiang Zemin zu weitgehender politischer Passivität verurteilt gewesen.

Li Shenzhi war 1923 in Wuxi als Sohn einer wohlhabenden Kaufmannsfamilie in der südostchinesischen Provinz Jiangsu geboren worden und erhielt eine westlich geprägte Ausbildung. Nach dem Abschluss seines Studiums der Wirtschaftswissenschaften an der renommierten Yenching-Universität (spätere Beijing-Universität) in den frühen 1940er Jahren schlug er verschiedene Möglichkeiten eines Studiums in den USA oder einer Karriere in der Guomindang-Regierung, die sich ihm aufgrund seines familiären und Bildungshintergrunds boten, aus und trat stattdessen der KPCh bei. Nach der Gründung der Volksrepublik stieg er zu einem führenden Außenpolitikberater des damaligen Ministerpräsidenten Zhou Enlai auf. In dieser Funktion setzte er sich für die Grund-

sätze einer „friedlichen Koexistenz“ in der chinesischen Außenpolitik ein und mahnte beständig vor einer diplomatischen Isolierung der Volksrepublik. Forderungen nach einer Demokratisierung des politischen Systems brachten ihm bereits in den 1950er Jahren eine Verurteilung als „rechtes Element“ ein, was zur Folge hatte, dass er während der 1960er und 1970er Jahre von einflussreichen Ämtern ausgeschlossen blieb.

Erst unter Deng Xiaoping wurde seine außenpolitische Expertise wieder nachgefragt; 1979 hatte Li Shenzhi, der für eine stärkere Annäherung und aktives Engagement Chinas in den sino-amerikanischen Beziehungen eintrat, Gelegenheit, Deng auf dessen Reise in die USA zu begleiten. 1981 gründete Li das Institut für Amerikastudien an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, deren Vizepräsident er war; 1988 rief er außerdem die Chinesische Vereinigung für Amerikastudien ins Leben, beides mit dem Ziel, den Kenntnisstand chinesischer Politiker und der chinesischen Öffentlichkeit über die USA zu verbessern und so zu einer Intensivierung der sino-amerikanischen Beziehungen beizutragen.

Im Zuge der Tiananmen-Krise des Jahres 1989 wurde Li Shenzhi seines Amtes als Vizepräsident der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften enthoben. Angeblich war der Grund dafür, dass er sich geweigert hatte, einer von dem damaligen Ministerpräsidenten Li Peng einberufenen Sitzung anlässlich der Verhängung des Ausnahmezustands über Beijing beizuwohnen. Dies hinderte ihn nicht, in den Folgejahren als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Akademie Forschung auf dem Gebiet der Globalisierungsstudien zu treiben, wobei er auch dabei seine Grundüberzeugung aufrechterhielt, dass ein regelmäßiger Austausch mit der internationalen Gemeinschaft und die Übernahme internationaler Standards von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung Chinas seien.

Li Shenzhis Stimme wurde allerdings endgültig aus der Öffentlichkeit verbannt, nachdem er anlässlich des 50. Jahrestags der Gründung der Volksrepublik China einen Artikel publizierte, in dem er das bestehende politische

System scharf kritisierte und tief greifende politische Reformen anmahnte. In dem Artikel mit dem Titel „Fünfzig Jahre Panik, Prozesse und Leid: Einsame nächtliche Gedanken zum Nationalfeiertag“ wandte sich Li gegen eine verbreitete Schönfärberei und Fälschung der Geschichte, die zum 50. Jahrestag ihren Höhepunkt erreicht hätten. Er mahnte vor einem wachsenden Unmut in der Bevölkerung, der die gesellschaftliche Stabilität zu gefährden drohe. Von Jiang Zemin forderte er, sich angesichts dieser Situation endlich zu politischen Reformen, insbesondere durch die Einführung einer parlamentarischen Demokratie, zu entschließen. Die Tatsache, dass sein Artikel über das Internet weite Verbreitung gefunden hatte, war für Generalsekretär Jiang Zemin Anlass für eine scharfe persönliche Kritik. In der Folge wurde Li aus der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften ausgeschlossen. Seit Ende 2000 waren kaum mehr Informationen über ihn nach außen gedrungen (vgl. C.a., 2000/4, Ü 13, 2000/7, Ü 12). (SCMP, 23.4.03; WSJ, 14.5.03) -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

16 Beijings Hightechpark Zhongguancun

In China gibt es 53 Hightechparks. In ihnen sind chinesische, ausländische und multinationale Unternehmen angesiedelt, die auf den Gebieten Hochtechnologie und neue Technologien Forschung und Entwicklung (F&E) betreiben. Führend unter diesen Hightechparks ist Zhongguancun im Norden Beijings. Diese Hightechzone wurde Ende der 1980er Jahre eingerichtet. Ihre herausragende Bedeutung geht aus einem zweiteiligen Bericht der *Guangming-Zeitung* hervor, der am 4. und 10.4.2003 erschien. Danach spielt Zhongguancun in den drei staatlichen Plänen, die speziell für F&E im Hightechbereich aufgestellt wurden, nämlich dem „Plan 863“, dem „Gipfelerklimmungsplan“ und dem Plan zur Lösung von Schlüsselaufgaben, eine führende Rolle. Der

„Plan 863“ ist der eigentliche Hightech-Entwicklungsplan; der „Gipfelerklimmungsplan“ (*bandeng*) hat die Aufgabe, schwierige hochtechnologische Probleme zu lösen, und der Plan zur Lösung von Schlüsselaufgaben (*gongguan*) soll wichtige, vom Staat festgelegte Aufgaben in Angriff nehmen. Von den im Rahmen dieser drei Pläne bearbeiteten Projekten entfallen auf Zhongguancun 40,84%, 61,29% bzw. 40,3%.

In Zhongguancun werden pro Jahr durchschnittlich 4.000 Patente angemeldet, mehr als 1.000 Produkte im Bereich Hightech und neue Technologien herausgebracht und rund 10.000 Geschäftsverträge abgeschlossen, das Handelsvolumen beträgt über 10 Mrd. Yuan. Dort befindet sich die größte Ansammlung von Software-Unternehmen und Unternehmen für integrierte Schaltkreise. Über 40% der auf dem chinesischen Binnenmarkt gehandelten Software kommt aus Zhongguancun. Kernbereich der Hightechzone ist die Informationstechnologie. So wurde in Zhongguancun nicht nur der erste Zentralrechner mit eigenem chinesischen Patent entwickelt (Marke „Fangzhou Nr. 1“), sondern auch der erste Hochleistungsrechner; zudem ist die Zone Zentrum der chinesischen Chip-Herstellung. Auch in der Gentechnologie hat Zhongguancun fortgeschrittenes Weltniveau erreicht.

Im wissenschaftlich-technologischen Wettbewerb, so heißt es in dem Bericht, ist das Recht auf technische Normensetzung heiß umstritten. China strebt an, bis zum Jahre 2005 ein solches Recht für sechs Projekte zu erreichen. Derzeit hat Zhongguancun bereits für zwei Projekte im IT-Bereich das Normensetzungsrecht erlangt.

In Zhongguancun gibt es über 100 staatliche Schwerpunktlabore und Forschungszentren, die jedes Jahr Tausende von wissenschaftlichen und technischen Ergebnissen hervorbringen; obwohl längst nicht alle produktiv umgesetzt werden, erweist sich Zhongguancun damit dennoch als reichhaltige Quelle für technische Neuerungen. Die Unternehmen in Zhongguancun schaffen es mithilfe von vier Strategien, technische Neuerungen zu ihrer Hauptaufgabe zu machen, und zwar durch eigene Entwicklung,